

Anrede

Die Haushaltsrede im letzten Jahr habe ich damit begonnen zu sagen, dass dies der letzte Haushalt ist, der „unter der Verantwortung von Herrn Landrat Widmaier von der Kreisverwaltung vorgelegt worden ist“. Da liegt es nahe, jetzt damit zu beginnen, zu sagen, „dies ist der erste Haushalt, der unter der Verantwortung von Herrn Landrat Sievers vorgelegt wird.“ Doch schon bei diesen ersten Worten komme ich ins Zögern und ins Nachdenken. Was ist das eigentlich, was wir hier heute diskutieren? Ist dies der Haushalt der Verwaltung und des Landrates für das Jahr 2016? Oder was ist es sonst?

Dieser Haushaltentwurf, so wie er hier vorliegt, ist nämlich bereits ein merkwürdiges Gemisch aus den Absichten und Vorstellungen der Verwaltung und Vorab-Eingriffen des politischen Gremiums - des Kreistages. Auf der letzten Kreistagssitzung hat der Kämmerer, Herr Baur, den Haushalt vorgestellt. Gegen Ende des Tagesordnungspunktes ist der Landrat in einer wesentlichen Frage des Haushaltes in Distanz zu dem vorgelegten Haushalt gegangen.

Das Protokoll der Sitzung liegt schon vor. Ich kann daraus zitieren. Der Landrat, so heißt es dort, „erinnert an die Beratung der Eckpunkte-Varianten für die Aufstellung des Entwurfes im Verwaltungsausschuss am 13.10.2015. Der Ausschuss habe beschlossen, die Kreisumlage unverändert bei 32,5 % zu belassen. Dies habe zur Folge, dass der weitere Finanzbedarf über eine Erhöhung der Schuldenrate gedeckt werden muss. **Ihm selbst gefalle diese Lösung gar nicht.**“ So das Protokoll!

Hört! Hört! Dem Landrat gefällt ein Eckpunkt der Haushaltsaufstellung „gar nicht“. Weiter führte er aus: „Allein das Thema Oberschwabenklinik hätte eine Erhöhung der Umlage auf 33,5 % erforderlich gemacht. Angesichts des aktuellen Mehraufwandes im Bereich Migration appelliert er an die Kreisräte, das Haushaltskonstrukt nochmals zu überdenken. Man könne zwar die Unterstützung von Bund und Land einfordern. Der Verweis auf die dortigen Zuständigkeiten entbinde den Kreis allerdings nicht von den eigenen finanzpolitischen Verantwortlichkeiten für die Zukunft.“ Und schließlich: „Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, dass die Bürger von heute, die Gesellschaft von heute, die Belastungen tragen sollten und nicht die zukünftigen Generationen. ...Angesichts der drastischen aktuellen Problemlage sei es nicht nachvollziehbar, wie dies ohne die entsprechenden Finanzmittel bewerkstelligt werden soll.“

Wo er Recht hat, da hat er Recht der Landrat. Markanter und deutlicher kann man es doch nicht sagen! Wieso aber, so fragt sich der aufmerksame Beobachter, wird dann hier ein Haushalt vorgelegt, der diese wichtigen Gesichtspunkte nicht berücksichtigt?

Dies erklärt sich aus einem merkwürdigen Vorgang. Bei dem vorgelegten Haushalt handelt es sich bei einer der wichtigsten Einnahmeposition um eine vorwegnehmende Unterwerfung unter einen vermeintlichen Willen des Kreistages.

Wie kam es dazu? Auf einer Sitzung des Verwaltungsausschusses hat die Verwaltung mehrere Varianten vorgestellt unter welchen Eckpunkten der Haushalt aufgestellt werden könne. Die Varianten unterschieden sich hauptsächlich darin, mit welchen Maßnahmen verhindert werden kann, dass der Landkreis noch stärker in die Verschuldung hineinläuft.

Von einigen Mitgliedern wurde – abweichend von den Vorstellungen der Verwaltung – eine weitere Variante eingebracht, welche eine deutlich zunehmende Verschuldung des Landkreises in Kauf nehmen wollte. Nämlich die Variante, abweichend von der Finanzplanung, von einem Umlagehebesatz von 32,5 Punkten auszugehen.

Grüne und SPD haben vergeblich versucht, eine Abstimmung zu verschieben. Es wurde dann aber doch „abgestimmt“, und mit 12:6 Stimmen „beschlossen“ – und ich setze die Worte „abgestimmt“ und „beschlossen“ in Anführungszeichen – bei der Aufstellung des Haushaltes von einem Kreisumlagehebesatz von 32,5 Punkten auszugehen.

Ich stelle hier ganz klar fest, über Eckpunkte des Haushaltes hat der ganze Kreistag abzustimmen und nicht ein Teilgremium. So wie es jetzt gelaufen ist, haben 12 Leute – ohne jede Diskussion und Rückkoppelung mit ihren Fraktionen - gewissermaßen „spontan“ etwas vorweggenommen, was nach hier in die Haushaltsberatung des ganzen Kreistages gehört. 12 Leute aus dem Verwaltungsausschuss machen genau ein Sechstel der Mitglieder des Kreistages aus.

Dieses merkwürdige Vorverfahren hat zu einem Kuddelmuddel über die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten geführt. Kein Wunder, dass der Landrat in Distanz zu diesem Haushalt geht. Ein saubereres Verfahren erfordert es, dass die Verwaltung ihren Haushalt vorlegt, so wie sie glaubt, dass es notwendig und verantwortbar für den Landkreis ist und dass dann der Kreistag berät und entscheidet. Der Verwaltung ist natürlich vorzuwerfen, dass Sie bei diesem Verfahren mitgemacht und das Durcheinander zugelassen hat.

Wir allerdings machen da nicht mit. Wegen des zweifelhaften Charakters des Verfahrens gehen wir weiterhin von den Eckpunkten aus, wie sie letztes Jahr in der Finanzplanung vorgesehen waren. Diese sah vor, für das Haushaltsjahr 2016 einen Umlagehebesatz von 33,5 Punkten anzusetzen. Wir sind auch heute noch der Auffassung, dass eine verantwortliche und solide Haushaltsgestaltung es verlangt, bei dieser Planung zu bleiben.

Trotz der wegen der guten Konjunkturlage gestiegenen Steuerkraftsummen und der damit gestiegenen Einnahmen von Kommunen und Landkreis befinden sich beide kommunalen Ebenen in einer schwierigen Situation. Nicht zuletzt wegen der Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge sind auf beiden Ebenen erhebliche zusätzliche Leistungen zu erbringen.

Der Landkreis hat zudem durch das Wegbrechen der Einnahmen aus der OEW-Beteiligung, durch zusätzliche Leistungen im Bereich der Abfallwirtschaft und der Leistungen für die laufende und zukünftige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des gesamten Landkreises außergewöhnlich hohe Lasten zu tragen.

Der Kreistag hatte sich per einstimmigen Beschluss selbst die Grenze gesetzt, die Verschuldungsmarke von 100 Mio. € nicht zu überschreiten. Bei einem Hebesatz von 32,5 Punkten ist dieses Ziel in den nächsten Jahren nicht zu halten. Schon bei einem Hebesatz von 33,5 Punkten wird dies äußerst schwierig sein. Außerdem könnte ein späterer Anstieg des Hebesatzes um 3 bis 4 Punkte nötig werden. Wer den Haushalt jetzt auf kurze Sicht fährt, muss sich nicht wundern, wenn er in absehbarer Zeit feststellen muss, dass er in einer Sackgasse gelandet ist und vor einem hohen Berg steht – einem Schuldenberg.

Sehen wir uns die Zahlen nochmals an. Bei einem Hebesatz von 32,5 Punkten prognostiziert der Kämmerer einen Anstieg der Verschuldung bereits für 2016 auf 92 Mio.€ und dann in 2017 und 2018 auf über 110 Mio.€.

Was ist von dieser Prognose zu halten? Nun wissen wir ja alle, dass der Kämmerer ein „erfahrener Hase“ ist, der es sehr wohl versteht, noch einige Reserven und Sicherheiten einzubauen. Da ein Haushalt etliche Schätzwerte und weitere Variablen enthält, kann sich da in der Tat noch einiges verschieben. Vielleicht nach unten, aber eventuell eben auch nach oben.

Nun hat ein alter Hase oftmals auch ein Schlitzohr. Dennoch scheint eines klar zu sein, selbst wenn man einen „Schlitzohrfaktor“ berücksichtigt, so lässt sich ohne eine Verstärkung oder Anhebung des Kreisumlagehebesatzes das Ziel einer Verschuldung unter 100 Mio.€ nicht halten.

Wir meinen daher, dass der Kreistag eigentlich für den Haushalt 2016 bei dem Hebesatz von 33,5 Punkten bleiben müsste. Dazu liegt bereits ein Antrag der Grünen-Kollegen vor. Wir werden diesen Antrag unterstützen. Nach dem geschilderten „Vorlauf“ im Verwaltungsausschuss und da wir die Stimmung und Interessen der Bürgermeister in CDU und den FWV kennen, machen wir mit unserem Antrag – Hebesatz 33 Punkte - nochmals einen Vermittlungsversuch. Damit lässt sich eine weitere deutliche Verschuldung des Landkreises nicht völlig vermeiden, aber doch dämpfen.

Meine Bitte geht vor allem an die Nichtbürgermeister bei CDU und FWV, stimmen sie zumindest diesem vermittelnden Antrag zu.

Meine Bitte richtet sich aber auch an sie Herr Landrat. Nach ihren Ausführungen auf der letzten Kreistagssitzung sollten sie hier nochmals aufstehen und für die Annahme entweder des Antrages der Grünen-Fraktion oder unseres Antrages werben. Denn diese Anträge decken sich mit ihrer Meinung!

Sie haben als eine ihrer Hauptleistungen in Düren dargestellt, dass sie den dortigen Haushalt saniert haben. Da wäre es doch prekär, wenn der erste Kreishaushalt im

Landkreis Ravensburg unter ihrer Ägide gleich mit einer deutlichen Erhöhung der Verschuldung des Landkreises beginnen würde.

Und ich wende mich an Sie, meine Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen, Das können Sie „unserem aller Landrat“, der aber als CDU-Mitglied besonders auch ihr Landrat ist, doch nicht antun. Wenn dann dennoch gegen ihr Votum – Herr Landrat – beschlossen wird, dann sind die Fronten und Verantwortlichkeiten klargestellt. Gekämpft um die bessere Lösung muss aber schon werden.

Bisher habe ich mich weitgehend mit einer Einnahmeposition des Haushaltes befasst. Dies ist auch gerechtfertigt, weil dies die wichtigste Einnahmequelle des Landkreises ist und zugleich die einzige Einnahmeposition, über die wir hier im Kreistag selbst bestimmen können. Die anderen können wir nur betrachten und allenfalls bejammern, beeinflussen können wir sie nicht.

Eine weitere Einnahmequelle hätte beeinflusst werden können, indem wesentlich früher damit begonnen worden wäre, auf erneuerbare Energien umzustellen. Jetzt ist man spät dran, fast zu spät. Und wir wissen ja, wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben. Die Strafe, die uns trifft, besteht darin, dass der Landkreis jetzt aus dieser Beteiligung bei einer 0 Dividende angekommen ist.

Wahrlich ein Desaster! Aus dem einst riesigen Kreisvermögen erhalten wir jetzt gar nichts mehr. Von einst 13 Mio.€ Ausschüttung auf 0. In fünf Jahren hat sich das Weniger bereits auf 25 Mio. € aufaddiert. Die jetzt fehlenden Jahresausschüttungen von 13 Mio.€ machen immerhin rund 4 Hebesatzpunkte aus! Wenn inzwischen auch etliche Faktoren diesen Rückgang der OEW-Erträge mitbestimmt haben, so bleibt doch die Hauptursache des Niederganges das einseitige setzen der ENBW auf die Atomenergie und die Tatsache, dass die vielen Funktionsträger vor allem der CDU in den Gremien der ENBW und der OEW dies mitverschuldet haben. Ich werde deshalb nicht müde, hier in jeder Haushaltsdebatte darauf hinzuweisen, dass die falsche Energiepolitik von CDU und FDP sich bis heute noch immer in gravierender Weise negativ auf die Kommunalhaushalte auswirkt – direkt auf den Kreishaushalt und indirekt bis in den Etat jeder Gemeinde. Das sollten sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landkreises immer wieder vergegenwärtigen.

Noch krasser wird es, wenn wir nicht nur auf die Ausschüttungen der OEW sehen, sondern auf das Vermögen des Landkreises. Im Haushalt wird für den Prozentanteil von 21,82 % an der OEW, die wiederum 46,75 % an der EnBW hält, nur ein Erinnerungsposten geführt.

Noch vor ca. 5 Jahren war dieser Anteil nach den damaligen Börsenwerten über 1 Mrd.€ wert. Jetzt dürfte er noch etwa 500 Mio.€ wert sein. Das ist ein Wertverlust für den Landkreis von ca. 500 Mio.€. So ist das Vermögen des Landkreises dahingeschmolzen. Da kann einem ja ganz schwindelig werden bei diesen Zahlen. Und wir wissen ja, wer daran politisch eine große Mitschuld trägt.

Schlimmer noch: der einstige Goldesel ist in Gefahr, sich in einen lästigen Kostgänger zu verwandeln. Bekanntlich arbeitet der Bund daran, die ehemaligen Betreiber von

Atomanlagen dauerhaft für die Entsorgung und Lagerung des atomaren Mülls in die Haftung zu nehmen. Da die OEW ein Zweckverband mit Nachschusspflicht ist, besteht die Gefahr, dass es noch jahrzehntelang zu Rückgriffen bis in die Kreishaushalte hinein, kommen kann. Gar nicht auszudenken, was dies künftig für Folgen für den Landkreis haben könnte. Politisch und juristisch wird an dieser Problematik bekanntlich derzeit noch gearbeitet.

Wichtig für die Beurteilung des Haushaltsgeschehens ist die in der Doppik gegebene Möglichkeit, Aufwendungen und Erträge im Ergebnishaushalt zu betrachten. Da ist es beruhigend zu sehen, dass es im normalen Verwaltungs- und Haushaltsgeschehen auch für das Jahr 2016 noch ein erwartetes positives Ergebnis von rund 12 Mio.€ gibt

Für Investitionen gibt es aber einen außerordentlich hohen Bedarf vor allem für den Grundstücks- und Gebäudeerwerb und für Containeranlagen für Flüchtlinge. Selbst wenn die Investitionen zum Erhalt der Gebäude des Landkreises und im Kreisstraßenbau wieder äußerst niedrig angesetzt werden, entsteht ein Gesamtfinanzbedarf für Investitionen von 39,5 Mio.€. Dieser ist nur durch eine Erhöhung der Gesamtschulden (Kernhaushalt und Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung) um rund 12 Mio. € auf geplante Gesamtschulden von 92 Mio. € abzudecken. Da nähern wir uns bereits deutlich der 100. Mio. Grenzmarke an.

Die Korrektheit verlangt es, dass auch bei einem Hebesatz von 33 oder 33,5 Punkten eine Schuldenerhöhung notwendig würde. Sie würde aber um mehr als 3 Mio. € niedriger ausfallen.

Über die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und die zusätzlichen Aufwendungen, die dem Kreis nicht erstattet werden haben meine Vorredner schon gesprochen. Auch wenn das Land angekündigt an, die Kosten für die Erstunterbringung „spitz“ abzurechnen, kalkuliert der Kämmerer damit, dass noch rund 8 Mio.€ beim Kreis „hängen bleiben“ werden.“

Die Flüchtlingsunterbringung ist der Sektor bei dem auch die Gemeinden durch die Anschlussunterbringung in wachsendem Maße gefordert sein werden. Beim Landkreis ist die Kostenwelle bereits voll angekommen. Auf die Gemeinden rollt sie in den nächsten Jahren zu.

Neben der monetären Frage ist die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung vor allem aber auch eine große organisatorische Aufgabe. Hier leistet das Landratsamt großartige Arbeit. Die Schaffung des Amtes für Migration und Flüchtlinge war richtig. Großartiges leisten auch die vielen ehrenamtlichen Betreuer. Wir halten es für eine gute Idee, das ehrenamtliche Engagement der Flüchtlingshelferkreise auszubauen und zu unterstützen.

Bei der Frage der Flüchtlingsaufnahme und Betreuung muss natürlich in erster Linie die humanitäre, menschenrechtliche und grundgesetzliche Bewertung im Vordergrund stehen. Dennoch wird in der Öffentlichkeit auch die finanzielle Problematik diskutiert.

Bundesweit werden Zahlen um die 10 Mrd.€ genannt, die für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung eingesetzt werden.

Es lohnt sich, neben der humanitären und menschenrechtlichen Bewertung auch einmal auf den Gang des Geldflusses zu sehen. Vieles, ja das meiste davon, landet in der deutschen Wirtschaft und hier besonders beim Mittelstand: bei Busunternehmern, bei Vermietern, bei Hoteliers, bei Immobilienverkäufern, bei Containerherstellern, bei Handwerkern, im Lebensmitteleinzelhandel. Selbst die Küche der OSK wird besser ausgelastet. Von dieser Wirkung zeugt ja auch das Konzept „Wohnmodule mit der Kreishandwerkerschaft“, welches im Landkreis umgesetzt werden soll. Die Ausgaben für Flüchtlinge wirken wie ein Konjunkturprogramm, welches Beschäftigung und Einkommen sichert und sogar Steuern generiert.

Bei Nennung der Zahl 10 Mrd.€ hat mich eine ähnliche Zahl aufgeschreckt, die seit Beginn dieser Woche durch die Medien läuft. Mehr als 10 Mrd. € soll der Steuerbetrugschaden ausmachen, den Banken und Fonds in Deutschland dem Fiskus durch sogenannte Cum-Ex Geschäfte zugefügt haben. Dass muss man sich klarmachen, da schaffen es einige „Betrüger in Nadelstreifen in den Banken und Fonds“ gleichviel Geld zu veruntreuen, wie in ganz Deutschland für die Flüchtlinge aufgewendet werden muss.

Doch zurück zum Haushalt und den regionalen Aufgaben. Wir haben jetzt schon eine wachsende Bevölkerung und ein Problem mit dafür geeignetem und bezahlbarem Wohnraum im Landkreis. Dies wird weiter zunehmen. Die Region braucht dringend einen Impuls, den sozialen Wohnungsbau im Kreis auszudehnen. Da der Markt zu langsam reagiert, sollte der Kreis hier aktiv werden. Wir greifen damit gern einen Vorschlag von OB Lang und Bgm. Moll auf - die Gründung einer Kreiswohnbaugesellschaft. Um aber nicht im Konzeptionellen stehen zu bleiben, wollen wir gleich Nägel mit Köpfen machen. Wir beantragen, für diese Aufgabe 500 T € in den Haushalt einzustellen. Wir bitten um Unterstützung unseres Antrages.

Weitere Anträge von uns beschäftigen sich mit den Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld der Realisierung des Center Parcs und der Frage des Erwerbs von Ökopunkten durch den Landkreis. Wir finden, dass der Landkreis die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen aus Kreisstraßenbauvorhaben selbst generieren sollte. So behält der Landkreis die Hand darauf, wo und wie naturschutzrechtliche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Wie wichtig dies ist, wird daran deutlich, dass z.B. im Bereich Gewässerschutz/öffentliche Gewässer lapidar im Haushaltsentwurf festgestellt wird: „Das Landratsamt hat derzeit kein neues Projekt in der Planung“. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge.

Ich fasse zusammen. Neben den laufenden Aufgaben ist der Landkreis besonders gefordert durch die Weiterführung der Baumaßnahmen am zentralen Krankenhaus, es bleibt die Aufgabe den Sanierungsprozess des OSK-Betriebes fortzuführen. Neu hinzugekommen ist die gewaltige Aufgabe der Flüchtlinge. Da braucht der Landkreis auf der Einnahmeseite jeden €. Wir wollen nicht, dass der Landkreis immer weiter in die Verschuldung hineinschlickert.

Wir nehmen das Ziel aus der Kreisstrategie ernst, wo es heißt: „Der Kreishaushalt ist im Sinne der Gerechtigkeit zwischen den Generationen im ordentlichen Ergebnis dauerhaft auszugleichen Die Zahlungsfähigkeit wird durch die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsmittel bei begrenzter Verschuldung“ gewährleistet.

Wir stimmen also zunächst dafür den Kreisumlagesatz bei 33,5 Punkten zu belassen. Wir sagen bewusst, dort zu belassen – weil es so geplant war - und sprechen nicht von Erhöhung. Als Kompromissangebot steht dann unser Antrag mit den 33 Punkten.

Wie wir uns bei der Endabstimmung verhalten, hängt von den Abstimmungsergebnissen ab und wie die Mehrheit des Kreistages zu unseren weiteren Anträgen steht.

Wie immer geht der Dank an den Kämmerer und an seine Frau- und Mannschaft, die das umfangreiche Zahlenwerk ausgearbeitet haben.

Spätestens am Ende des Jahres wird sich dann zeigen, wie hoch letztlich der von mir angesprochene „Schlitzohrfaktor“ anzusetzen ist, der mit Gewissheit auch in diesen Haushalt eingebaut worden ist.